

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

18.01.2024

# Inhalt

## EWN

1   <b>LNG: Gericht lehnt Eilantrag ab</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 18.01.2024</i> .....	3
2   <b>Gibt es doch eine Zukunft für die Atomkraft?</b> <i>Handelsblatt, 18.01.2024</i> .....	4

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 18.01.2024 | S. 12

📄 Auflage: 24.506 | Reichweite: 79.409

## UMSTRITTENES PROJEKT

# LNG: Gericht lehnt Eilantrag ab

Das Obergerverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern hat den Eilantrag eines Fischers aus Binz im Zusammenhang mit dem umstrittenen LNG-Terminal an Rügens Küste abgelehnt. Das teilte ein Sprecher des Gerichtes in Greifswald am Mittwoch mit.

Der Eilantrag hatte sich gegen die Genehmigung der Erweiterung der seewärtigen Zufahrt zum Hafen Mukran, die auch für das dort geplante LNG-Terminal eine Rolle spielt, gerichtet. Der Fischer befürchtete eine Beeinträchtigung seiner Fangplätze. Durch die Maßnah-

me sei ein schwerer Eingriff in Fischbestände und insbesondere eine Beeinträchtigung des Herings zu erwarten. Eine erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfung sei unterblieben, hatte er argumentiert.

Das Gericht hatte ausgeführt, dass dem Fischer allerdings die Antragsbefugnis fehle, da die erteilte Genehmigung ihn nicht in seinen Rechten verletzen könne. Im Eilverfahren sei die Interessenabwägung zudem nicht abschließend zu klären.

## ENERGIE

## Gibt es doch eine Zukunft für die Atomkraft?

*Die CDU macht sich in ihrer „Heidelberger Erklärung“ für die Kernkraft stark. Welche Möglichkeiten hat Deutschland, um die Technologie wiederzubeleben?*

**New York, Düsseldorf, Berlin.** Das Jahr 2024 ist erst gut zwei Wochen alt, aber schon reich an Forderungen nach einer Rückkehr der Kernkraft in Deutschland. Den ersten Aufschlag machten vor wenigen Tagen die Bundestagsabgeordneten der CSU bei ihrer Klausurtagung in Seeon, am vergangenen Wochenende folgte die CDU mit ihrer „Heidelberger Erklärung“.

In dem Beschluss der CSU heißt es, man wolle die 2023 abgeschalteten Atomkraftwerke trotz des bereits begonnenen Rückbaus wieder ans Netz bringen. Die Kraftwerke abzuschalten sei eine „ideologisch verblendete Fehlentscheidung“ gewesen. Die CSU-Bundestagsabgeordneten wollen die Anlagen weiterbetreiben und sich auch für den Bau neuer Kernkraftwerke mit „neuester“ Technik einsetzen. Dazu wollen sie unter anderem eine deutsch-französische Allianz ins Leben rufen. Die CDU setzt auf dieselbe Karte. Der Bundesvorstand der Partei spricht sich in seiner Erklärung für eine Rückkehr zur Atomkraft aus. „Auf die Option Kernkraft können wir zurzeit nicht verzichten“, heißt es darin.

Allerdings hat sich die Ampelkoalition klar festgelegt: Man schließe die „Atomkraft weiterhin aus“, heißt es im Koalitionsvertrag. Der Atomausstieg gehört zur DNA der Grünen, auch in der SPD ist das Atom-Aus fest verwurzelt, ein Umsteuern ist daher schwer vorstellbar. Innerhalb der Koalition sind die Liberalen die einzigen Atomkraftfans. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass sie sich durchsetzen können.

Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne), in der Bundesregierung zuständig für die nukleare Sicherheit, lässt keinen Zweifel daran, dass das Thema für die Grünen nicht verhandelbar ist. Sie weist immer wieder auf die Sicherheitsrisiken hin. Die Vorbehalte sind groß, dennoch geht die Debatte weiter. Aber welche Möglichkeiten gibt es in Deutschland überhaupt noch für die Kernkraft?

### Alte Anlagen wieder in Betrieb nehmen

Unions-Fraktionsvize Jens Spahn (CDU) hält die Wiederinbetriebnahme der zuletzt abgeschalteten Atomkraftwerke für machbar. Dies müsse „so schnell wie irgend möglich“ geschehen. „Man müsste investieren, Brennstäbe kaufen, Gesetze ändern, aber es geht technisch und – wenn alle zur Vernunft kommen – auch regulatorisch“, sagte Spahn kürzlich. Bei einer Laufzeit von mindestens zehn Jahren würden sich die notwendigen Investitionen lohnen. „Die Kernkraftwerke sind abgeschrieben. Sie könnten sicheren und günstigen Strom produzieren, mindestens bis in die Mitte der 30er-Jahre, vielleicht auch länger“, sagte Spahn. „Dafür können wir dann aber auch nach und nach Kohlekraftwerke und damit CO<sub>2</sub>-Emittenten abstellen und auf den Atomstrom aus Frankreich verzichten.“ Die Rückkehr zur Atomkraft sei notwendig, „weil Wind und Sonne nicht reichen“, sagte Spahn.

Für seine Überlegungen findet Spahn sogar innerhalb der Ampelkoalition Zustimmung: „Deutschland hat europaweit einen der höchsten CO<sub>2</sub>-Ausstöße bei der Stromproduktion. Die Kernkraftwerke sollten deshalb nicht zurückgebaut werden“, sagte Michael Kruse, energiepolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, dem Handelsblatt. Es gibt da nur ein Problem: Die drei zuständigen Betreiber erteilen einer möglichen Wiederinbetriebnahme eine klare Absage. Ein Sprecher des Essener Energiekonzerns RWE antwortet auf Anfrage des Handelsblatts: „Unser Kraftwerk im Emsland hat seine Betriebsgenehmigung verloren, und die rückbauvorbereitenden Maßnahmen laufen seit Monaten auf Hochtouren.“ RWE-Chef Markus Krebber bereits im Dezember Stellung bezogen: „Für Atomkraft gibt es kein Zurück mehr.“

Auch EnBW gibt an, bereits am 16. Mai 2023 mit dem Rückbau begonnen zu haben. „Mit der Inanspruchnahme der Rückbau-Genehmigung verfügt die Anla-

ge auch über keine Betriebsgenehmigung mehr für die Stromproduktion“, teilt das Unternehmen mit. Damit habe sich die Diskussion über eine weitere Nutzung der Kernkraft für EnBW erledigt. Am deutlichsten formuliert es Leonhard Birnbaum: „Isar 2 wird nicht mehr ans Netz gehen, der Rückbau läuft bereits“, sagte der Eon-Chef der „Rheinischen Post“. Ein Wiederhochfahren sei mittlerweile auch technisch nicht mehr möglich, „das Thema ist durch“.

### Neue Atommeiler bauen

Wenn es für die alten Kraftwerke keine Rückkehr ans Netz gibt, wäre es eine Option, neue Meiler zu bauen? Deutschland wäre damit zumindest nicht allein auf der Welt. Frankreich, China, Russland, Indien, USA, Großbritannien – die Liste der Länder, die Milliarden in neue Kernkraftwerke investieren, ist lang. Trotzdem nutzen laut der „World Nuclear Association“ gerade mal 31 Staaten weltweit Atomkraft. 164 tun es nicht.

„Wenn man alle Schäden der Atomkraft, auch für nachfolgende Generationen, mit einrechnet, gibt es auf der ganzen Welt keinen Business-Case für diese Anlagen“, sagt Energieökonom Mathias Mier vom Ifo-Institut im

Gespräch mit dem Handelsblatt. Verbreitet ist Kernenergie deswegen eher in Ländern, die entweder keine Alternative haben oder aus militärischen Gründen auf Atomkraft setzen.

Wenn Deutschland jetzt neue Meiler bauen würde, könnte das erste neue Kraftwerk aufgrund langwieriger Genehmigungsverfahren und der langen Bauzeit erst in den 2040er Jahren in Betrieb gehen: „Da wollen wir schon fast CO<sub>2</sub>-neutral sein und brauchen es gar nicht mehr“, kritisiert Mier. Zudem sei ein Kernkraftwerk nicht gut mit den Erneuerbaren zu kombinieren. Anders als ein Gaskraftwerk, kann ein Atommeiler nicht mal eben so beliebig rauf – und runtergefahren werden, wenn der Wind nicht weht.

Ein Blick auf aktuelle Neubauprojekte in europäischen Nachbarländern gibt Mier recht. Das französische AKW Flamanville sollte eigentlich 2012 fertig sein und 3,3 Milliarden Euro kosten. Frankreich hofft, den Meiler dieses Jahr endlich fertigstellen zu können. Die Kosten liegen mittlerweile bei 24 Milliarden Euro. Die Bilanz des britischen AKWs Hinkley Point sieht ähnlich düster aus. Aktuell werden die Kosten auf 38 Milliarden Euro geschätzt. Insider rechnen allerdings damit, dass diese Zahl noch weiter steigen wird. Auch die geplante Eröffnung 2027 ist aktuell unrealistisch. „Es ist populistischer Unfug, wenn CDU und CSU den Bau neuer Atomkraftwerke fordern. Das macht in Deutschland einfach keinen Sinn“, ist Mier überzeugt. Gegenteilige Mei-

nungen sucht man vergeblich. Zu Kosten und Bauzeit kommt außerdem noch ein dritter Faktor: „Der Bau eines neuen Windrads ist aufgrund der Gegenwehr vieler Bürgerinnen und Bürger vor Ort schon hochproblematisch. Wie wollen Sie da ein neues Atomkraftwerk verkaufen?“, fragt ein Branchenkenner sarkastisch.

### Small Modular Reactors (SMR) einsetzen

Zahlreiche Länder setzen bei der Energieversorgung große Hoffnungen in eine neue Generation sogenannter Small Modular Reactors – Mini-Atomkraftwerke. China, Russland, Japan, Polen und Frankreich haben schon die ersten Anlagen in Auftrag gegeben. Sie sollen günstiger, flexibler und sicherer als konventionelle Atommeiler sein. Noch ist allerdings keiner der kleinen Reaktoren am Netz.

In den USA gab es zuletzt mehrere Rückschläge. Im November hat der Branchenpionier Nuscale den Bau seines ersten Reaktors abgesagt. Grund war, dass sich das Projekt auch angesichts des deutlich günstiger gewordenen Solarstroms nicht rentieren würde. Im Januar kündigte Nuscale nun an, 154 Mitarbeiter gehen zu lassen, um jährlich 50 bis 60 Millionen Dollar zu sparen. Das entspricht 28 Prozent der Belegschaft. Auch das im vergangenen Jahr angekündigte Projekt des kalifornischen Unternehmens Oklo mit der US-Luftwaffe wurde pausiert. Das Unternehmen erklärte aber, dass dafür andere Projekte voranschreiten. In Oklo hat auch der OpenAI-Gründer Sam Altman investiert.

Das in Maryland ansässige Unternehmen X-energy, das mit der US-Regierung an der Entwicklung eines Reaktors der nächsten Generation arbeitet, der mit Gas statt mit Wasser gekühlt wird, hat im Oktober einen Teil seiner Belegschaft entlassen und Pläne für ein öffentliches Aktienangebot aufgegeben. Amy Jaffe Direktorin des Energy, Climate Justice, and Sustainability Lab an der New York University spricht zwar von einem „klaren Rückschlag“. Dennoch glaubt sie nicht, dass das bereits das Ende der neuen modularen Technologie bedeutet. Die Energie-Expertin weist darauf hin, dass das Nuscale-Projekt an den hohen Kosten gescheitert ist.

### Auf die Kernfusion warten

Immer wieder ins Spiel gebracht wird auch die Kernfusion. Anders als die Kernspaltung soll hier das Funktionsprinzip der Sonne, also das Verschmelzen zweier Atomkerne, zur Freisetzung von Energie führen. In den vergangenen zwei Jahren gab es auf dem Gebiet einige Fortschritte. So verkündeten Forscher der National Ignition Facility (NIF) am Lawrence Livermore National Laboratory in Kalifornien, dass sie erstmals mehr En-

ergie mit ihrem Versuchsreaktor erzeugt hätten, als für das Verfahren hineingegeben wurde. Allerdings ohne den Energieaufwand im Vorfeld mit einzurechnen.

Es gibt zahlreiche Unternehmen und Universitäten, die daran forschen, die Kernfusion als Energiequel-

le nutzbar zu machen. Bis jetzt verbraucht der Vorgang jedoch mehr Energie, als er erzeugt. Atomphysiker rechnen erst 2050 – wenn überhaupt – mit einem nennenswerten Einsatz der Fusionsenergie. Für den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft wäre das zu spät.

